

PRESSEMELDUNG

1. Juli 2020

MIT lehnt Merkel-Vorschlag ab

Linnemann: „CO2-Grenzsteuer würde Protektionismus verstärken“

Die Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) lehnt die von Bundeskanzlerin Angela Merkel vorgeschlagene Einführung einer CO₂-Grenzsteuer ab. „Eine CO₂-Grenzsteuer würde die weltweiten protektionistischen Tendenzen noch verstärken und den Freihandel abwürgen“, sagt MIT-Bundesvorsitzender Carsten Linnemann. „Es wäre für unsere exportorientierte deutsche Wirtschaft fatal, ihr ausgerechnet in der Corona-Krise noch Sand ins Getriebe zu streuen.“ Eine Grenzabgabe würde zudem die Verbraucher belasten und sei ohnehin kaum praktikabel, da jedes Gut eine Einzelfallbetrachtung benötigte. Der Bundesvorstand der MIT hat sich in einer Videokonferenz stattdessen für eine kostenlose Zuteilung von Zertifikaten ausgesprochen. In dem Vorstandsbeschluss fordert die MIT außerdem den Abbau nationaler Abgaben, Umlagen und Steuern sowie die Verankerung des Prinzips der Technologieoffenheit auf allen europäischen Ebenen.

Darüber hinaus fasste der MIT-Bundesvorstand am Dienstag weitere energiepolitische Beschlüsse. Eine nationale CO₂-Bepreisung darf es aus MIT-Sicht nur geben, wenn die Belastungen für die Unternehmen gleichzeitig kompensiert werden. „Die Kompensation muss grundsätzlich Unternehmen aller Branchen offenstehen und einen besonderen Fokus auf den Mittelstand legen“, heißt es in dem Beschluss zum Brennstoffemissionshandelsgesetz.

Die MIT will die Erneuerbaren Energien marktfähig machen. „Wir brauchen ein marktorientiertes, zukunftsfähiges und europarechtskonformes Fördersystem. Das deutsche EEG erfüllt diese Voraussetzungen nicht und muss daher endgültig auslaufen“, fordert MIT-Chef Linnemann, der zugleich stellvertretender Vorsitzender für Wirtschaft und Energie der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist. „Neue Anlagen, die eine staatliche Förderung beantragen, müssen im Rahmen von Ausschreibungen ausgesucht werden, die sicherstellen, dass Kosten und Emissionen am effizientesten eingespart werden“, sagt Henning Aretz, Vorsitzender der MIT-Kommission Energie und Umwelt. „So stehen Erneuerbare Energien auch untereinander im Wettbewerb.“

Klimaschutz sei besser zu gewährleisten durch eine Ausweitung des EU-weiten Emissionsrechtens auf die Sektoren Verkehr, Heizen und Landwirtschaft. Zudem will die MIT bessere Rahmenbedingungen für die mittelständische Wirtschaft zur Nutzung der Photovoltaik.

Um das Stromsystem stabil und sicher zu halten, fordert die MIT unter anderem einen schnelleren Ausbau der Übertragungsnetze und eine genaue Analyse des Kohleausstiegs. Kohlekraftwerke sollten erst dann abgeschaltet werden, wenn das System garantiert stabil gehalten werden kann.

Die Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) – vormals Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU – ist mit rund 25.000 Mitgliedern der größte parteipolitische Wirtschaftsverband in Deutschland. Die MIT setzt sich für die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft und für mehr wirtschaftliche Vernunft in der Politik ein.

Kontakt

Hubertus Struck | Leiter Kommunikation | MIT-Bundesgeschäftsstelle
Schadowstr. 3 | 10117 Berlin | T: 030 220798-17 | struck@mit-bund.de | www.mit-bund.de